

Studiengebühr? Jeder zweite Student ist dafür

Von **Sabine Etzold**

5. März 1998 / Quelle: (c) DIE ZEIT 1998

AUS DER ZEIT NR. 11/1998



Wenn es um die Ablehnung von Studiengebühren geht, dann sind sich die Studenten einig. Das war jedenfalls der Eindruck, den die jüngsten Studentenproteste hinterlassen haben. Aber ganz so einhellig ist die Meinung der Studenten zu diesem Thema anscheinend doch nicht. Das zeigt eine Studie, die das Gütersloher Centrum für Hochschulentwicklung, kurz CHE, und der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft jetzt veröffentlicht haben. Fast die Hälfte der Studenten (47 Prozent) kann sich durchaus für Gebühren erwärmen - vorausgesetzt, sie sind als Darlehen vorgesehen, und sie werden ausschließlich zur Verbesserung der Hochschulen verwendet. In der Altersgruppe 22 bis 25 Jahre sind sogar 54 Prozent der Studenten dafür.

Natürlich verfolgen CHE und Stifterverband (die beide gern als heimliche Bildungsberater der Nation agieren) mit der Veröffentlichung der Studie ihre eigenen Absichten: Indem sie nachweisen, daß Studiengebühren von der Hälfte der Bevölkerung und auch von den Studenten akzeptiert werden, wollen sie verhindern, daß ein neues Hochschulrahmengesetz an der Frage der Studiengebühren scheitert. Bisher blockieren die SPD-Länder die Gesetzesnovelle, weil sie auf einem Verbot solcher Gebühren bestehen.

Jenseits des politischen Kalküls liefert die Untersuchung auch Stoff zu Einsichten ganz anderer Art. Offensichtlich macht sich unter vielen Studenten angesichts der herrschenden Zustände an den Hochschulen mehr und mehr Realismus mit einem Schuß Resignation breit. Auf Versprechen der Politiker lassen sich keine Hoffnungen bauen - das ist der Nachhall der weitgehend wirkungslosen Studentenproteste. Sicherer ist es, die eigene Zukunft selbst zu beeinflussen - mit einem Beitrag zur Verbesserung der Hochschulen und damit der eigenen Ausbildung.

Studiengebühren als eine Art studentischer Qualitätskontrolle an den

Hochschulen - das wäre denkbar. Allerdings nur dann, wenn garantiert ist, daß diese Gebühren auch tatsächlich in die Hochschulen investiert und nicht zur Sanierung maroder Landeshaushalte mißbraucht werden. Hier könnte ein neues Hochschulgesetz - falls es denn verabschiedet wird - höchst sinnvolle Regelungen treffen.

STARTSEITE › [<https://www.zeit.de/index>]